

Zitat: „Toleranz ist die letzte Tugend einer untergehenden Gesellschaft“. Aristoteles 384 – 322 vor der Zeitenwende

EU • Nach versprochenen Sparanstrengungen hat die **EU-Kommission** die neuen **Haushaltspläne Frankreichs und Italiens angenommen** und wird keinen Einspruch einlegen. Während **Italien** geplante Steuerensenkungen streicht, um die Vorgaben aus Brüssel einigermaßen zu erreichen, hat **Frankreich** die originelle Idee, **seine Beiträge zum EU-Budget einfach zu kürzen**.

• Die deutsche Bundesregierung hält erstmals einen **Austritt Großbritanniens aus der EU** für möglich. Angela Merkel macht sich aber aus einem anderen Grund noch viel größere Sorgen: Der britische Premierminister David Cameron will **für Großbritannien eine Zuwanderungsquote festlegen**. Das stünde laut Merkel im **klaren Widerspruch zu einem zentralen Bestandteil der EU-Verträge, der „Personenfreizügigkeit“** = ermöglicht **unbegrenzte Zuwanderung**. Sollte Cameron darauf bestehen, werde Kanzlerin Merkel die Bemühungen einstellen, Großbritannien in der EU zu halten.

• Auch Ungarn hat für einen Eklat innerhalb der EU gesorgt. Der ungarische Parlamentspräsident Kóvér gab zu verstehen, **Ungarn könnte die EU verlassen**, falls sich die EU-Spitze in seine Innenpolitik einmischt. Die **von der EU angeordneten Sanktionen gegen Rußland** sowie **EU-Forderungen nach innenpolitischen Reformen in Ungarn** sorgen in Ungarn zu einer immer kritischeren Haltung gegenüber der zentralistischen EU-Führung.

• Inzwischen hat **US-Vizepräsident Joe Biden** festgestellt: „**Es ist wahr, daß die Europäer Rußland keine Sanktionen auferlegen wollten. Aber erneut war es Amerikas Führung sowie der Präsident, die darauf bestanden, daß Europa aufsteht und ökonomische Schritte gegen Rußland einleitet, die ihnen selbst schaden**“. Für Angela Merkel waren die Vorgaben aus Washington „alternativlos“ und **sie ist persönlich für die Eskalation der Lage in der Ukraine und die Milliardenzahlungen europäischer Steuerzahler an den völlig bankrotten Staat mitverantwortlich**. Es ist völlig absurd: **die EU übernimmt Garantien und zahlt Milliarden an einen Staat, der weder EU-Mitglied ist noch der Euro-Zone angehört – nur weil es die USA so fordern**. Auch **Michail Gorbatschow** kritisierte bei den Feiern zum 25. Jahrestag des Mauerfalls in Berlin das Verhalten des Westens und vor allem der USA und NATO gegenüber Rußland. **Man habe die Versprechen nach der Wende 1989 nicht gehalten, sich zum Sieger des Kalten Krieges erklärt und die NATO entgegen der Vereinbarungen immer weiter nach Osten ausgedehnt, um Rußland einzukreisen**. Ohne eine russisch-deutsche Partnerschaft könne es keine Sicherheit in Europa geben, so Gorbatschow. Daher müßten die EU und Rußland mit der Aufhebung der Sanktionen beginnen.

• **TTIP**: Dieses „Freihandelsabkommen“ sollte mit allen Mitteln **im Schnellverfahren ohne Information der Öffentlichkeit durchgezogen werden**. Angela Merkel: „Wir stehen bei TTIP unter Zeitdruck“ und sie läßt der SPD ausrichten, die Bedenken gegen TTIP-Regelungen fallen



Ein alter Cherokee-Indianer sitzt mit seiner kleinen Enkelin am Lagerfeuer. Er möchte ihr etwas über das Leben erzählen. Er sagt, „im Leben gibt es 2 Wölfe die miteinander kämpfen:

Der 1. Ist Hass, Misstrauen, Feindschaft, Angst und Kampf.

Der 2. Ist Liebe, Vertrauen, Freundschaft, Hoffnung und Friede.“

Das kleine Mädchen schaut eine Zeitlang ins Feuer, dann fragt sie..... „welcher Wolf gewinnt.....?““

Der alte Indianer schweigt.

Nach eine ganzen Weile sagt er: „Der, den du fütterst!““

zu lassen. Dazu der parlamentarische Geschäftsführer der CDU, Michael Grosse-Brömer: „Ich wünsche mir, daß die Kollegen in der SPD und erst recht Bedenkenträger bei der Opposition **in der Lage sind, zu begreifen, welche Chancen TTIP in sich birgt**“. Wirtschaftsminister Gabriel (SPD) sieht **TTIP als historische Chance für die USA und die EU**. Bei den TTIP-Verhandlungen (die Regierungen der EU-Mitgliedsländer haben keine Mitwirkungsmöglichkeiten) verläßt sich die EU, die sich das Verhandlungsmandat selbst erteilt hat, auf Studien, **welche die Kommission selbst beauftragt und bezahlt hat**. Nun gibt es **die erste wirklich unabhängige Studie über die Folgen des Freihandelsabkommens TTIP** und **die kommt zu einem für Europa verheerenden Ergebnis: 583.000 Arbeitsplätze werden bis 2025 in der EU verlorengehen, die Exporte werden schrumpfen, ebenso das Bruttoinlandsprodukt. Löhne und Steuereinnahmen werden sinken und die EU würde zu einem Billiglohnland werden**. Wenn nämlich wirklich unabhängig gerechnet wird, **sind die USA beim TTIP die eindeutigen Gewinner und die EU der absolute Verlierer**. Beachten Sie bitte die Sonderbeilage „TTIP, der nächste Anschlag ...“. Sie können diese zum Verteilen für einen kleinen Druckkostenbeitrag bei uns anfordern.

- Der nächste Schritt zu totalen Überwachung: Die deutsche Bundesregierung und die EU wollen nun eine **flächendeckende Sammlung der Flugdaten auch aller unbescholtenen Bürger**. Detaillierte Datensätze wie IP-Adressen von Computern, die zur Buchung benutzt werden, Essensvorlieben oder gemeinsame Hotelbuchungen mit Mitreisenden sollen erfaßt und der Regierung zugänglich gemacht werden. Als Grund für diese neue Überwachungsmaßnahme wird **wieder einmal der „Kampf gegen den Terror“** genannt.

Österreich • Der Nationalrat hat am Donnerstag, 20. November am Ende der Sitzung das **Abkommen zum Steuerdatenaustausch mit den USA genehmigt**. Der im April unterzeichnete Staatsvertrag „über die Zusammenarbeit für eine erleichterte Umsetzung von FATCA (Foreign Account Tax Compliance Act)“ wurde mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP angenommen.

- Die **Gefahr eines großen Stromausfalls (Blackout)** steigt und ist heute größer als noch vor fünf Jahren“, sagt E-Control-Vorstand Walter Boltz. Noch nie wurde der Stromhandel so oft unterbrochen. Kommt der Netzausbau nicht voran, drohen Milliarden Schäden. Der Aufwand, die Stromversorgung Österreichs aufrechtzuerhalten, wird immer größer. Die für ein stabiles Stromnetz zuständige Austrian Power Grid (APG) mußte **heuer zehnmals so oft in den Strommarkt eingreifen wie noch vor zwei Jahren**. „Der Netzausbau kann nicht mit dem Ausbau der Erneuerbaren mithalten“, sagt APG-Vorstandsvorsitzende Ulrike Baumgartner-Gabitzer, „daher und zusätzlich wegen der **Windkraft aus Deutschland** müssen wir öfter in das Netz eingreifen.“

- Die **Mitglieder der EU-Kommission** unter Jean-Claude Juncker wurden vom EU-Parlament „angehört“. Dabei gibt es für den Österreicher **Johannes Hahn, nun EU-Kommissar für Nachbarschaftspolitik und Erweiterungen**, folgende Beurteilung: **In einem Gutachten zu Hahns Doktorarbeit heißt es:** „Es handelt sich um eine Arbeit minderer Qualität, die stellenweise an das Banale und sogar Peinliche grenzt. In ihrer Abfassung sind elementare Regeln des wissenschaftlichen Arbeitens vielfach mißachtet worden. Die Schlamperei grenzt an Fahrlässigkeit. Mit Wissenschaft hat das nur als abschreckendes Beispiel zu tun.“

- **Das Hypo-Desaster** wird zum Alptraum. Verfassungsexperte Heinz Mayer im *Kurier*: **„Statt transparenter Aufarbeitung wird vertuscht“**. Und weiter: „... aber die ganze Hypo-Geschichte ist so und so ein Horror. **Wir müssen mit einem Schaden von 19 Mrd. Euro für den Steuerzahler rechnen (das sind 261,5 Milliarden Schilling)**. Das ist die größte Vermögensverschiebung, die in Österreich in Friedenszeiten je passierte. **Erinnern Sie sich noch an das Debakel der verstaatlichten Industrie? Damals ging es um 30 Mrd. Schilling – nicht Euro. Bei der Hypo können es auch „nur“ 15 Mrd. Euro Schaden werden – wenn alles gut geht, aber daran glaubt ohnehin niemand mehr. Im schlechtesten Szenario können es 25 Milliarden Euro (344 Mrd. Schilling) werden.** Man muß sich fragen, wie konnte so etwas in einem Land mit einer Bankenaufsicht passieren? Die Finanzmarktaufsicht (FMA) und die Notenbank weisen jede Verantwortung zurück. Als die Wirtschaftsprüfer der Firma Deloitte (eine der fünf größten Wirtschaftsprüfer der Welt, in 150 Ländern, Um-

- **„Die EU soll die ethnische Homogenität zerstören“**, sagte der **UN-Migrationsbeauftragte Peter Sutherland – früher bei Goldman Sachs, BP, GATT, WTO, dem Globalem Forum für Migration, der EU-Kommission, Trilaterale Kommission, European Round Table, Bilderberger, London School of Economics.**



satz 34 Mrd. Dollar, 210.000 Mitarbeiter) **im Jahr 2006 ihren Bestätigungsvermerk nach der Prüfung der Hypo zurückzog, hätten bei den Verantwortlichen alle Alarmglocken läuten müssen**. Die einzige Konsequenz war, daß Wolfgang Kulterer vom Vorstand in den Aufsichtsrat wechselte, von wo er sich dann selbst kontrollierte. **Die Deloitte-Prüfer wurden vor die FMA und den Hypo-Vorstand zitiert und mit einer Strafanzeige bedroht**. Auch die Nationalbank wußte was los war. Das wurde alles unter den Tisch gekehrt. Hier wird seit Jahren vertuscht ...“ Und die *Presse*: Jetzt, da die Hypo Alpe Adria ihre Osteuropatochter praktisch verschenken muß, zeigt sich: **Uns wurde der Maximalschaden eingebracht, eine Insolvenz wäre billiger gewesen.**

- **Österreichs Staatsschulden** am Sonntag, 23.11.2014 um 1100 Uhr: **279,885 Milliarden Euro = 3,85 Billionen Schilling. Schuldenzuwachs pro Sekunde 635 Euro, pro Stunde 38.130 Euro, pro Tag 915.120 Euro. Zinsen pro Jahr 8,259 Mrd. Euro = 113,65 Milliarden Schilling. Wir zahlen 942.800 Euro Zinsen = 12,97 Millionen Schilling pro Stunde!**

Frage: **wo ist unser Geld?**

Um 1 Milliarde Euro auszugeben, müßten Sie täglich 100.000 Euro ausgeben – und das 27 Jahre, 4 Monate und 26 Tage lang!

- **Kurzmeldungen:** Mehr als 1,2 Millionen Menschen in Österreich sind armutsgefährdet. **5% der österreichischen Bevölkerung sind arm, 229.000 Menschen können ihre Wohnung nicht angemessen heizen, weil ihnen das Geld dazu fehlt.**

- Fast 100 Mio. Euro aus Pensionsversicherungen flossen 2013 als Ausgleichszulage an sozial bedürftige **ausländische Pensionisten**. Im Land Tirol veranschlagt die grüne Landesrätin Christine Baur **15 Mio. Euro (=206,4 Mio. Schilling) für die Asylbetreuung – nur für Tirol**. In Österreichs Gefängnissen sitzen **Kriminelle aus 50 Nationen. Jeder zweite Häftling ist ein Migrant**. Nun will Justizminister Wolfgang Brandstetter (ÖVP) mehr Justizwachepersonal mit Migrationshintergrund. **43.000 tatverdächtige Ausländer im 1. Halbjahr 2014**. Der Anteil der Muslime wird sich in Österreich bis zum Jahr 2046 verdoppeln. **Jeder zweite Wiener hat schon heute ausländische Wurzeln. Die EU klagt Österreich beim EuGH: Zu wenig Rechte für Türken. Aufgrund des Assoziierungsabkommens der EWG und der Türkei im Jahre 1963, kann Österreich keine Beschränkung des Zuzugs aus der Türkei umsetzen.** Beim **Bildungsbudget wird es eng: 100 Mio. Euro fehlen**. Damit dieser „strukturelle Fehlbetrag“ ausgeglichen wird, wird das Unterrichtsministerium jetzt **Mietzahlungen für Schulgebäude aufschieben**. Nach dem Willen der SPÖ soll nun auch Hetze gegen Ausländer strafbar werden.

Deutschland • Beim G-20-Gipfel in Australien leistete **Angela Merkel** ein historisches Versprechen: **Bankenrettungen mit Steuergeld werde es „nie wieder“ geben.** Denn beim G-20-Gipfel sind nach Angaben von Merkel bedeutende Fortschritte bei der Finanzmarktregulierung und der Liberalisierung des Welthandels



erzielt worden. **Die systemrelevanten Banken seien jetzt international reguliert,** sagte Merkel. Zudem sei ein „Fahrplan“ vereinbart worden, um bis 2016 auch eine bessere Aufsicht über sogenannte Schattenbanken, also Hedgefonds und andere Kredithändler außerhalb der regulären Bankenwelt zu erreichen.

• Die **deutschen Exporte nach Rußland sind massiv eingebrochen.** Bisher -26,3% und mittelständische Unternehmen im Maschinenbau halten sogar ein Rückgang von 35% für möglich. Das gefährde nach der Aussage von Eckhard Cordes, Vorsitzender des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft, **50 bis 60.000 Arbeitsplätze.**

• Geht es nach **Joschka Fischer, muß jedes Mittel recht sein, um Rußland in die Schranken zu weisen.** Fischer vertritt voll und ganz die Linie der USA im Ukrainekonflikt. Rußland führe praktisch einen Krieg gegen die Ukraine, um es an der wirtschaftlichen Entwicklung und einer Annäherung an die EU zu hindern. **Der Frieden sei in Osteuropa demnach nur möglich, wenn sich die ehemaligen Sowjetstaaten in die EU eingliedern würden.** Eine zukünftige EU-Mitgliedschaft der Ukraine könne Korruption und Oligarchien im Land bekämpfen.

• **Die Hälfte der Deutschen hält die USA für die wahren Urheber der Konflikte in der Welt.** In der von der Friedrich Ebert-Stiftung vorgelegten Studie geht hervor, daß sich die antiamerikanischen Ansichten bei den Deutschen ausgeweitet haben. So bezeichnen **34,3% der Befragten die USA als eine wahre Gefahr für den Weltfrieden.**

• Die **Bundesbank hat erwartungsgemäß ihren Widerstand gegen die neue EZB-Geldschwemme auf-**

In Kürze • Das Geschäft mit Ebola läuft an: Einen Impfstoff gibt es noch nicht. Das soll sich ändern, Dank einer dicken Finanzspritze der EU für die Pharmaindustrie. Die **EU-Kommission hat 100 Mio. Euro** beigesteuert. Die US-Gesundheitsbehörde hat angekündigt, **daß, um Ebola zu stoppen, vielleicht ganze Länder geimpft werden müssen.**

• Die Regierung der **autonomen Region Kurdistan (KRG)** im Irak will die Kirkuk-Ceyhan-Pipeline ausbauen. Diese verläuft vom Nordirak in die Türkei. **Die Einnahmen hinterlegen sie auf ein Treuhand-Konto der türkischen Halkbank. Doch JP Morgan möchte, daß die Kurden Treuhand-Konten in New York eröffnen,** damit die Einnahmen aus dem Öl-Export dorthin fließen. JP Morgan will selbst als Treuhänder auftreten.

• Südafrika: **Weißer Südafrikaner suchen wegen rassistischer Verfolgung um Asyl in Kanada an.** Der kanadische Bundesgerichtshof hat einem solchen Antrag zugestimmt und damit Südafrika als unsicheren Staat für Menschen weißer Hautfarbe eingestuft. Ausgerechnet Südafrikas Staatspräsident Jacob Zuma lieferte auch eine

gegeben. Eine Billion Euro (1.000 Milliarden) sollen aus dem Nichts geschaffen werden – haben auch keinen „Wert“. Der Euro fiel während der Pressekonferenz Draghis auf den tiefsten Stand seit zwei Jahren. Am Frankfurter Aktienmarkt stieg der Dax dagegen sprunghaft an. Unbemerkt von der Öffentlichkeit hat der Bundestag, im Schatten der Einheitsfeiern, **den Vollzug einer „Banken-Union“ für Deutschland beschlossen und damit ein weiteres Stück deutscher Souveränität der Bankenaufsicht der EZB übertragen.** Die Bundesbank ist dadurch eigentlich überflüssig geworden.

• Die rot-schwarze Berliner Stadtregierung tritt zum nächsten gesellschaftlichen Generalangriff an: Es geht um die **Abschaffung des klassischen Geschichtsunterrichts** an weiterführenden höheren Schulen. Statt dessen soll durch das Fach „Gesellschaftswissenschaften“ ein gänzlich „neuer Zugang“ zu den Dingen geschaffen werden. Themen wie **Gender oder Zuwanderung sollen in den Vordergrund rücken.**

• Für kritische Bürger: Achtung - **die deutsche Betreuungsmaschinerie.** Alles reine Formsache, Denunziation genügt, jeder kann jeden beim Gericht als angeblichen Betreuungsfall anzeigen. Mißliebige Nachbarn, mobbende Arbeitskollegen, Krankenhauspersonal, Verwandte, die an die Erbschaft wollen, die Bank, bei der man sein Girokonto überzogen hat, oder schlicht der Briefträger – **sie alle können beim Amtsgericht „anregen“, jemanden unter Betreuung zu stellen. Treffen kann es jeden.** Wer dann nicht sofort einen kundigen Anwalt findet und einschaltet, kann zwangsbetreut werden. **Ein Betreuer kann dann sämtliche Entscheidungen treffen. Er kann entscheiden, daß Sie nicht mehr über Ihr Geld verfügen dürfen, nicht mehr telefonieren, nicht mehr Ihre Post entgegennehmen dürfen. Sie können alles verlieren: Ihr Haus, Ihre Familie, er kann Sie sogar in eine geschlossene Anstalt einweisen. Der Betreute verliert sämtliche Rechte.** Seit 1995 ist die Zahl der Betreuungen laut Bundesjustizministerium von 624.695 auf 1.198.373 im Jahr 2005 gestiegen. Passiert ist das z.B. **Gustl Mollath, er war 7 ½ Jahre unschuldig in der Psychiatrie.** Daher nennt man diese Art der totalen Entmündigung nun „mollathisieren“.

Begründung für die Entscheidung des kanadischen Gerichts. Er hatte bei einer Feier zum 100jährigen Bestehen des kommunistischen African National Congress (ANC) ein Kampflied der Schwarzen aus der Zeit der Apartheid mit dem Refrain **„Erschießt die Buren“** gesungen. Die radikalen Linken der EFF (Partei Economic Freedom Fighters) sind bereits die drittstärkste Kraft. Sie treten, nach dem **Vorbild Simbabwe, für eine entschädigungslose Enteignung der Weißen ein, denen sie den Krieg erklärt haben.** Die kanadischen Richter hielten die Sorge der asylsuchenden Familie für begründet.

• EU: Der **Zertifizierungs- und Regulierungswahn der EU-Verwaltung** ist grenzenlos und für viele Kleinbetriebe existenzbedrohend – was vielleicht sogar der Zweck sein dürfte. Nun bedroht ein **„Holzverbot“ den Bestand zahlreicher kleiner Mühlenbetriebe.** Die EU schreibt jetzt vor, daß die hölzernen Speicher durch Stahlbehälter ersetzt werden müssen. Die Holzspeicher haben seit dem Mittelalter funktioniert, nun greift die EU-Verwaltung ein. Begründung: Gefahr von Holzsplittern im Mehl. Die EU will die Nahrungsmittelproduktion durch die Industrie fördern.

• **Iran:** In Wien laufen die Verhandlungen im **Atomstreit mit dem Iran**. Federführend für den Westen: US-Außenminister Kerry, teilweise anwesend der deutsche Außenminister Frank-Walter Steinmeier. Dazu eine interessante Meldung in der in Österreich meistgelesenen Tageszeitung *Kronen-Zeitung*: Es wird über den Fortgang der Verhandlungen berichtet und die Meldung endet mit dem Satz: **„Zuletzt hatten US-Außenminister Kerry und sein deutscher Kollege Steinmeier in Israel um die Erlaubnis für einen Kompromiß ersucht“**.

• **Israel:** In einer mehrere Monate anhaltenden Diskussion um ein **deutsch-israelisches Rüstungsprojekt** ist es offenbar zu einer Lösung gekommen. Nach Angaben der israelischen Tageszeitung *Haaretz* räumt die Bundesregierung nun doch einen 30%igen Preisnachlaß für den **Kauf von drei mit Raketen bestückten Kriegsschiffen** durch Israel ein. **Der Rabatt liegt bei etwa 300 Mio. Euro**. Noch im Mai schien der Deal geplatzt, da Deutschland Kritik an der israelischen Siedlungspolitik geübt hatte. Die Vorbehalte seien nun ausgeräumt, berichtet *Haaretz*.

• **Peru:** Die **Bergbaufirma Yanacocha, Betreiber der größten Goldmine in Südamerika**, will auf den Gipfeln der Anden die sogenannte Conga-Mine vorantreiben. Um diesen Plan umzusetzen, terrorisiert das Unternehmen die Einwohner und Klein-Landbesitzer. Eines der Opfer ist Máxima Acuña mit ihrer Familie. **Die indianische Bäuerin, die weder lesen noch schreiben kann**, lebt auf dem Land, welches die Firma beansprucht. Sie betreibt auf ihren vier Hektar eine Kleinlandwirtschaft, wovon die Familie halbwegs leben kann und ein kleines Haus gebaut hat. Sei weigert sich seit zehn Jahren, ihr Land am Rande der Blauen Lagune zu verlassen. Spezialeinheiten der Polizei haben ihr Haus zerstört, ihre Hunde erschossen und Máxima verprügelt und verschleppt. Mit Hilfe von Ver-

wandten und Freunden wurde das kleine Haus in 3.800m Höhe wieder aufgebaut. Nun hat die Bergbaufirma geklagt. **Am 5. August 2014 wurde Máxima wegen „Landbesetzung“ zu zwei Jahren und acht Monaten Gefängnis verurteilt und muß umgerechnet 1.500 Euro an das Unternehmen zahlen**. Zudem wurde eine sofortige Räumung ihres Grundstücks angeordnet.

• **Spanien:** Die **Stadtverwaltung von Madrid verkaufte rund 5.000 Sozialwohnungen an Investmentfirmen wie Goldman Sachs und Blackstone**. Diese vertreiben die sozial-schwachen Bewohner mit **drastischen Mieterhöhungen**. **Wer nicht zahlen kann, dem droht die Zwangsräumung**.

• **Niederlande:** Weil **die Ukraine** einer Veröffentlichung der bisherigen Untersuchungsergebnisse zum Abschluß von **MH17 nicht zustimmt**, geben auch die holländischen Behörden keine Ergebnisse heraus. Was sich bisher deutlich abzeichnet ist, daß **die Behauptungen der ukrainischen Regierung und der Nato nicht stimmen**. Zuletzt haben westliche Medien übereinstimmend (!) von russischen Flugzeugen berichtet, die „abgefangen“ werden mußten. So drang angeblich am 12. November ein russisches Flugzeug in den Luftraum von Estland und Litauen ein und mußte, laut *Reuters*, von niederländischen F-16 abgefangen werden. Das russische Verteidigungsministerium widersprach sofort. Daraufhin sah sich das niederländische Verteidigungsministerium gezwungen zuzugeben, daß **das russische Flugzeug, eine IL76-Transportmaschine, den Luftraum von Estland und Litauen entgegen der ursprünglichen Behauptung gar nicht verletzt hatte**. Die Maschine war **im internationalen Luftraum planmäßig nach Kaliningrad (Königsberg) unterwegs**.

Positives

• **Bio-Lebensmittel:** Seit Jahren gibt es Diskussionen, ob biologisches Obst und Gemüse gesünder ist als aus herkömmlichem Anbau. Jetzt haben Forscher der Universität von Newcastle die bisher umfangreichste Metastudie zu diesem Thema veröffentlicht. Ergebnis: **Es gibt klare Vorteile für Bio, wobei nicht nur der Mensch, sondern auch die Natur durch biologischen Anbau profitiere**.

• **Ab 31. Dezember 2014 wird nun auch in den Niederlanden der Verkauf aller Glyphosat-Produkte (Monsanto) an Privatverbraucher verboten**. Das Verbot wird nicht etwa auf Initiative der niederländischen Regierung verhängt, sondern **es geht auf den Antrag einer winzigen Partei mit nur zwei Abgeordneten im Parlament zurück**. **Frankreich und Brasilien werden voraussichtlich folgen**.

• Es war die letzte Zeitumstellung, denn **Rußland schafft die Sommerzeit ab**. Das Experiment, die Zeitumstellung auf nur Sommerzeit, hat sich nicht bewährt. **Eine Teilung auf Sommer- und Winterzeit wie in der EU wird es nicht geben**. Auch in der EU wird die Zeitumstellung immer unpopulärer.

• **Indien:** Die Technologie ist schon über 100 Jahre alt, wurde aber von den Benzinmotoren verdrängt: Das **Luftdruck-Auto fährt ohne Treibstoff und ohne Abgase**. Das in Indien gebaute Modell ist vor allem für den Stadtverkehr geeignet. Die Erzeugung der Druckluft kann mit Solarenergie betriebenen Kompressoren erfolgen, die Betriebskosten sind minimal. Die indische Firma Tata hat ein neues Modell entwickelt, welches **bis zu 80 km/h schnell ist und eine Reichweite von 200 km** hat. Es soll für weniger als 10.000 US-Dollar (ca. 8.000 Euro) zu haben sein.

Wir wünschen unseren Lesern erholsame Feiertage und alles Gute im Neuen Jahr.



Redaktionsschluß: 23.11.2014. DVR0495115. *INTER-INFO* erscheint monatlich, Jahresbezugspreis für Österreich: € 25,-, Europa: € 29,-, Welt: € 38,-, jeweils einschließlich Porto und Mwst. Bankverbindung: VKB Bank Wels IBAN: AT53186000017028325, BIC: VKBLAT2L. Wir verzichten auf die „Neue Rechtschreibung“. Druck: Birner Druck, 4615 Holzhausen. Herausgeber, für den Inhalt verantwortlich und Anschrift: Ing. Ernst Steinwender, 4502 St. Marien, Mühlenstraße 1, Österreich. Tel: +43(0)7227-80188-0; Fax: +43(0)7227-80188-77, office@meinbuecherdienst.at. Unsere Internetseite: www.meinbuecherdienst.at

